

An das BMI
Bundesinnenminister
Herrn Alexander Dobrindt
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Ulm, 17. August 2026

Offener Brief

Aufnahme weiterer afghanischer Staatsangehöriger in Ulm – Stellungnahme zum Schreiben des Bundestagsabgeordneten Marcel Emmerich

Sehr geehrter Herr Bundesminister des Innern,

hiermit nehme ich Bezug auf das an Sie gerichtete Schreiben des Bundestagsabgeordneten Marcel Emmerich zur Aufnahme weiterer afghanischer Staatsangehöriger in Ulm. Leider ist der vollständige Brief Emmerichs öffentlich nicht im Wortlaut verfügbar. Aus den Medien sind lediglich einzelne Zitate bekannt.

Die darin erhobene Forderung Emmerichs, mehr Afghanen in Ulm aufzunehmen, halte ich für nicht vertretbar. Die angeblich ausreichend vorhandenen Kapazitäten für weitere Aufnahmen beruhen auf einer Fehleinschätzung. Das Argument, dass viele Menschen auf ihre Einreise nach Deutschland warten, darf kein Kriterium für einen Migrationsgrund sein. Emmerich betreibt eine Politik im Interesse der Afghanen und nicht im Interesse der Bürger in Ulm. Um es mit Emmerichs eigene Wortwahl auszudrücken. Seine Forderung ist „unerträglich“.

Herr Emmerich trägt mit seinem Schreiben einen Antrag von Grünen, SPD, FWG, KJT und einer FDP-Stadträtin aus dem Ulmer Gemeinderat auf die Bundesebene. Es ist wichtig anzumerken, dass Emmerichs Ehegattin, Frau Emmerich-Mies, ebenfalls Mitglied des Gemeinderats ist. Wegen ideologischer Befangenheit sowie aufgrund dieser familiären Verbindung ist Emmerich zu einer objektiven Lagebewertung offensichtlich nicht fähig.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juli 2026^[1] darf nicht als Verpflichtung zur Fortführung oder Ausweitung der Afghanistan-Aufnahmeprogramme instrumentalisiert werden. Aus der Entscheidung folgt daher gerade nicht, dass zusätzliche Kontingente geschaffen oder sämtliche noch offenen Verfahren positiv beschieden werden müssten. Erforderlich sind vielmehr sorgfältige Einzelfallprüfungen, belastbare Identitätsfeststellungen und vollständig abgeschlossene Sicherheitsüberprüfungen.

Sicherheitsüberprüfungen haben in der in der Vergangenheit, wenn überhaupt, offensichtlich nur rudimentär stattgefunden. Laut Medienberichten waren der Bundeswehr im Jahr 2021 rund 300 Ortskräfte bekannt.^[2] Nach Deutschland reisten stattdessen bis Februar 2025 „etwa 35.000 als Ortskräfte oder gefährdet geltende Afghanen“ ein; zugleich warteten 12.000 weitere Afghanen auf eine Aufnahmezusage.^[3]

Der Verdacht des Missbrauchs der Afghanistan-Aufnahmeprogramme der Bundesregierung unter der damaligen grünen Außenministerin Annalena Baerbock konnte bisher nicht ausgeräumt werden. Berichten zufolge setzte das von Baerbock geführte Auswärtige Amt die deutschen Behörden in

Pakistan unter Druck, Visa zu erteilen. Immer wieder berichten Medien über Fälle von Dokumentenfälschung.

Vor einer solchen fahrlässigen Vorgehensweise wurde das Auswärtige Amt ausdrücklich gewarnt, beispielsweise durch die deutsche Auslandsvertretung in Duschanbe (Tadschikistan). Amtlich wurde mitgeteilt, dass es den Behörden aufgrund der Überforderung und der fehlenden Möglichkeiten vor Ort nicht mehr möglich war, Ausweisdokumente zu überprüfen und sicherheitsrelevante Personen (Dschihadisten, Taliban etc.) auszuschließen.[4]

Bei dem Afghanen, der in Schwerin einen Landsmann erstach, soll es sich beispielsweise um ein Familienmitglied einer Ortskraft handeln.[5] Die unkontrollierte Aufnahme von Afghanen und hat schwerwiegende Folgen für die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland und konkret für die Kreisstadt Ulm.

Als Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Ulm und Mitglied des Ulmer Gemeinderats halte ich es für meine Pflicht, Sie über die tatsächliche Lage unserer Stadt zu unterrichten.

- **Die Kreisstadt arbeitet schon lange am Limit ihrer Ressourcen**

Die Verschuldung der Stadt Ulm stieg allein 2025 um rund 31 Millionen Euro auf 129 Millionen Euro. Nach Angaben der Stadt war dies die höchste Neuverschuldung seit 1993. Die Verschuldung der Stadt Ulm hat sich allein in den vergangenen beiden Jahren nahezu verdoppelt. Es ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Schulden der Stadt Ulm bis 2030 die Schuldenobergrenze von 250 Millionen Euro erreichen werden.[6]

- **Wohnraum in Ulm extrem knapp**

Der Wohnraum in Ulm ist bereits äußerst knapp. Es fehlen rund 2800 Wohnungen in der Stadt.[7] Die Zahl der Obdachlosen steigt seit Jahren.[8] Der ohnehin angespannte Ulmer Wohnungsmarkt wird durch die anhaltend hohe Zuwanderung zusätzlich belastet. Leidtragende sind insbesondere Familien, Alleinerziehende, Auszubildende, Studierende, Rentner und Menschen mit geringem Einkommen, die immer schwerer bezahlbaren Wohnraum finden. Wer kein Aufenthaltsrecht besitzt oder das geltende Recht und Gesetz missachtet, muss Deutschland umgehend verlassen. Dies würde die Kreisstadt Ulm finanziell entlasten und akut benötigten Wohnraum schaffen.

- **Bedrohliche Sicherheitslage in Ulm**

Im Stadtkreis Ulm wurden 2025 insgesamt 10.191 Straftaten registriert. Der Anteil nichtdeutscher Staatsangehöriger unter den Tatverdächtigen ist sehr hoch und erreichte 55,1 Prozent. Allein in Ulm gab es im vergangenen Jahr 40 Messerangriffe. Im gleichen Jahr wurden im Stadtkreis Ulm insgesamt 200 Fälle von Sexualstraftaten polizeilich registriert.[9]

- **Die Lage an den Schulen**

Die Bildungsqualität an den Ulmer Grundschulen steht vor einer Zerreißprobe. Nach den Ergebnissen des IQB-Bildungstrends erreichen landesweit und auch in unserer Region immer mehr Schülerinnen und Schüler nicht einmal die für den Grundschulabschluss erforderlichen Mindeststandards in den Fächern Deutsch und Mathematik. Diese Entwicklung ist eine direkte Folge der Überlastung des Systems. Die Lehrkräfte sind mit der Integration von Schülern, denen es an elementaren Sprachkenntnissen mangelt, völlig überfordert. Die Qualität des Unterrichts für alle Kinder leidet massiv unter dieser Situation. Eine weitere Zunahme der Zahl von Schülern mit hohem Förderbedarf durch zusätzliche Migration wird den Bildungsstandort Ulm nachhaltig schädigen.

Sehr geehrter Herr Minister Dobrindt,

lassen Sie uns gemeinsam zur Politik der Vernunft und im Interesse der Bürger zurückkehren:

1. die unkontrollierte Migration beenden,
2. Ausreisepflichtige und Straftäter sofort abschieben,
3. einen konsolidierten Haushalt schaffen,
4. bezahlbaren Wohnraum schaffen,
5. die Bildungsqualität an den Schulen gewährleisten,
6. die Sicherheit in Ulm sowie in der gesamten Republik wiederherstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Daniel Rottmann

Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg für den Wahlkreis Ulm